



Friede ist wichtiger als Gerechtigkeit

ROBERT NEF

Friede ist bei gutem Willen auch unter Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit möglich.

Was Gerechtigkeit bedeutet, ist und bleibt kontrovers. Es geht darum, Gleiches gleich und Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln. Aber was heisst «nach Massgabe seiner Ungleichheit»? Welche Ungleichheiten sind jeweils relevant und welche nicht?

Solange man sich dazu nicht äussert, bleibt die Formel leer. Es gibt unter vielfältigen Menschen unendlich viele Unterschiede und damit auch Ungleichheiten. Die Frage, welche Ungleichheiten genetisch bedingt sind und welche auf unterschiedlicher Sozialisierung und Erziehung beruhen, bleibt offen, es sei denn, man bestreite grundsätzlich, dass es überhaupt genetische Unterschiede gebe. Ein Ausgleich unter unterschiedlich ausgestatteten und sozialisierten Menschen zur Herstellung von genereller Chancengleichheit ist unmöglich und anmassend.

Der Begabungsvielfalt sollte daher in einer offenen Gesellschaft mit Chancenvielfalt bei Anbietern und Nachfragern begegnet werden und nicht mit dem untauglichen Versuch einer Nivellierung durch eine gerechtigkeitsorientierte Bildungspolitik. Die Bildung sollte die Menschen nicht angleichen, auch nicht auf angeblich «höherem Niveau»; sie sollte vielmehr allen Menschen die Fähigkeit vermitteln, das zu erkennen und zu erlernen, was sie einmalig, zufrieden und nützlich macht.

Gerechte Preise und Löhne

Und wer bestimmt darüber, was gerechte Preise und Löhne sind? Der Markt oder die Politik? Auf offenen Märkten entscheidet sich dies im Spannungsfeld zwischen Angebot und Nachfrage nach der Formel «je knapper, desto teurer». Für die Feststellung des jeweils Knappens gibt es keine objektiven Massstäbe, weder bei Gütern noch bei Dienstleistungen. In einer freien Gesellschaft spielt nicht nur ein Wettbewerb um den günstigsten Preis, sondern auch ein Wettbewerb der Massstäbe, und alle ungleichen Anbieter und Nachfrager sind in Bezug auf das, was sie unterscheidet, grundsätzlich lern- und wettbewerbsfähig. Jedes Produkt und jede Dienstleistung kann noch besser, origineller oder mindestens anders als bisher angeboten werden, und es besteht stets die Möglichkeit dazuzulernen.

Auf offenen Märkten herrscht jene Vielfalt, bei der alle, die aufgrund ihrer Ungleichheit etwas zu bieten haben, auch eine Chance haben, Nachfrager zu finden. Wer es nicht schafft, anders oder besser zu sein als andere, kann immer noch den Preis senken, um attraktiv zu werden.

Die ökonomische Untergrenze für solche Angebote ist dort, wo das Entgelt den Lebensunterhalt der Anbieter nicht zu decken vermag. Dann funktioniert das marktgerechte Prinzip von Angebot und Nachfrage tatsächlich nicht mehr, und die Betroffenen werden von ihren Mitmenschen abhängig, die ihnen in dieser Lage aufgrund von sozialen oder politischen Normen Überbrückungshilfe leisten.

Aber selbst der vom Wohlwollen anderer abhängige Mensch ist in einer offenen, auf Marktwirtschaft und Privatautonomie beruhenden Gesellschaft nicht verloren. Auch diese Abhängigkeit kann potenziell als gegenseitiger Austausch aufgefasst werden. Normal empfindende Menschen ahnen nämlich auch ohne staatlichen Zwang, dass es sich lohnt, Wohlwollen anzubieten, um es möglicherweise im gleichen Umfeld auch einmal beanspruchen zu können.

Umkehr der Prioritäten

Was heisst Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Rechtsprechung? Ihre Grundlagen sind politisch vorgegeben. Bei zivilen Streitigkeiten ist das Ziel eines abschliessenden Gerichtsurteils nicht etwa die Herstellung einer definitiv unbestreitbaren Gerechtigkeit, sondern der Friede nach einem von beiden Seiten zu akzeptierenden Urteil.

Was bedeutet Gerechtigkeit in der Politik? Viele Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen sind für mehr bzw. für eine andere Gerechtigkeit geführt worden. Beide Seiten der Kriegführenden hofften, dass Friede neu entstehen könne, wenn man über die gemeinsame Gewährleistung der Gerechtigkeit einig sei, d. h., wenn sich die Gerechtigkeitvorstellung der eigenen Partei durchgesetzt hätte. Das Motto dieser politischen und religiösen Kriegführung war stets: Wir schliessen mit euch erst Frieden, wenn ihr unsere Vorstellung von Gerechtigkeit akzeptiert.

Zum wahren Frieden führt aber nur eine Umkehr der Prioritäten: zuerst Friede und dann ein offener Dialog über das, was man individuell und gemeinsam für gerecht hält. Auch politische Auseinandersetzungen könnten sich friedlicher abspielen, wenn auf eine aggressive Durchsetzung politisch gefärbter Gerechtigkeitvorstellungen verzichtet würde. Dies bedingt innerstaatlich Meinungspluralismus, begrenzte Regierungsmacht und eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit und aussenpolitisch vermittelnde und friedensstiftende Schiedsinstanzen mit Sanktionsmöglichkeiten.

Die judeo-christliche Maxime «Liebe deinen Nächsten wie dich selbst» liegt zwar jenseits von Angebot und Nachfrage im engeren wirtschaftlichen Sinn, aber sie bringt auch eine Erfahrung zum Ausdruck, die in einem fundamentalen, ethisch-moralischen Haushalt mit dem Prinzip der Gegenseitigkeit verknüpft bleibt. Die Maxime setzt zwar nicht voraus, aber sie schliesst ein, dass man ja möglicherweise auch selber einmal jemanden braucht, der einen als Nächsten liebt und deshalb nicht im Stich lässt.

Nächstenliebe rechnet nicht damit, aber sie hofft darauf, dass andere dieses Angebot aus eigenem Antrieb ebenfalls machen. Diese Hoffnung erfüllt sich zwar nicht immer, aber sie ist doch insgesamt unter friedlich zusammenlebenden, gutwilligen Menschen nicht aus der Luft gegriffen.

Entscheidend ist auch hier nicht ein dauerhafter Konsens darüber, was gerecht sei, sondern ein diesbezüglich friedlicher, gewalt- und herrschaftsfreier Diskurs. Friede ist der höhere und konsensfähigere Wert als Gerechtigkeit, denn die Frage, was für alle und immer gerecht sei, löst immer wieder Streit aus, während Friede bei gutem Willen auch unter Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit möglich ist.

Die religiöse Sicht

Aus religiöser Sicht manifestiert sich das Problem der Gerechtigkeit wie folgt: Nur Gott weiss, was letztlich gerecht ist, und wer sich anmassst, das für alle und für immer zu wissen, «spielt Gott». Der Zürcher Reformator Huldrych Zwingli hat in seiner 1523 publizierten Schrift «Von der göttlichen und menschlichen Gerechtigkeit» versucht, eine Brücke zu schlagen. Der Mensch weiss zwar nichts Definitives über die göttliche Gerechtigkeit, aber Gott hat ihm darüber mit seinem Wort genügend offenbart, dass die menschliche Gerechtigkeit auf die göttliche Gerechtigkeit Bezug nehmen kann und auch so gut wie möglich darauf Bezug nehmen soll.

Aber was bedeutet dies in einer weitgehend säkularisierten Welt? Weiss die Wissenschaft, was gerecht ist, wissen es Mehrheiten besser als Minderheiten, weiss es eine Elite? Religiöse Menschen gehen davon aus, dass nur Gott wisse, was für alle und für immer gerecht sei, und liberale Agnostiker begnügen sich damit, dass niemand dies wisse.

Diese Demut der einen und diese intellektuelle Zurückhaltung der andern bedeutet für Freiheitsfreunde sehr viel. Sie brauchen untereinander, wenn es um eine gerechtere Welt geht, nicht darüber zu streiten, ob Gott existiere oder nicht, und sie können einander diesbezüglich in Ruhe und in Freiheit lassen. Zum Glauben kann niemand gezwungen werden.

Es gibt einen Glauben an die Freiheit ohne einen Glauben an Gott, aber es gibt keinen christlichen Glauben an Gott ohne einen Glauben an die Freiheit. Die Engel der Weihnachtsgeschichte haben den Hirten keine neue Epoche mit mehr Gerechtigkeit angekündigt, sondern Frieden für alle Menschen, die guten Willens sind.

Dieser Beitrag ist in der NZZ vom 15. Januar 2018 erschienen.

Januar 2018

